

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/071(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 08.09.2008	Ratssaal	16:00Uhr	20:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

- 6.8 Prüfung der Reaktivierung des GS-Standortes Lemsdorf A0085/08
Fraktion DIE LINKE
WV v. 08.05.08
- 6.8.1 Prüfung der Reaktivierung des GS-Standortes Lemsdorf A0085/08/1
FDP - Fraktion
- 6.8.2 Prüfung der Reaktivierung des GS-Standortes Lemsdorf S0138/08

- 6.9 Ausbau/Ertüchtigung der Schneidersgarten Straße A0062/08
SR Müller

	Fraktion DIE LINKE WV v. 13.03.2008	
6.9.1	Ausbau/Ertüchtigung der Schneidersgarten Straße	S0134/08
6.10	Handyparken	A0089/08
	Fraktion BfM WV v. 08.05.08	
6.10.1	Handyparken	A0089/08/1
	FDP - Fraktion	
6.10.2	Handyparken	S0129/08
6.11	Vermarktungsoffensive für Stadtumbau-Brachen	A0092/08
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 08.05.08	
6.11.1	Vermarktungsoffensive für Stadtumbau-Brachen	A0092/08/1
	Finanz- und Grundstücksausschuss	
6.11.2	Vermarktungsoffensive für Stadtumbau-Brachen	S0141/08
6.12	Kleingartenspartenkonzept	A0097/08
	FDP - Fraktion WV v. 08.05.08 i.V. mit 6.33 - A0170/08	
6.12.1	Kleingartenspartenkonzept	A0097/08/1
	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	
6.12.2	Kleingartenspartenkonzept	S0140/08
6.13	Weiterentwicklung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg zum Integrationsbeirat	A0093/08
	Fraktion DIE LINKE WV v. 08.05.08	

6.13.1	Weiterentwicklung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg zum Integrationsbeirat	S0133/08
6.14	Änderung der Hundesteuersatzung CDU - Fraktion WV v. 08.05.08	A0100/08
6.14.1	Änderung der Hundesteuersatzung	A0100/08/1
6.14.2	Änderung der Hundesteuersatzung	S0131/08
6.15	Ort der Erinnerung CDU - Fraktion WV v. 05.06.08	A0029/08/2
6.15.1	Ort der Erinnerung	A0029/08/2/ 1
6.15.2	Ort der Erinnerung	S0182/08
6.16	Keine weiteren Kürzungen bei Einrichtungen für Kinder und Jugendliche Jugendhilfeausschuss	A0151/08
6.18	Bauservice für Bürger bündeln FDP - Fraktion	A0155/08
6.19	Fußbodensanierung Schulobjekt Friedensweiler (Zur Muttereiche) FDP - Fraktion	A0157/08
6.20	Erfahrungsaustausch zur Prüfung des Schilderwaldes auf Umfang und Notwendigkeit FDP-Fraktion	A0158/08
6.21	Durchwegung B-Plan-Gebiet Rogätzer Straße Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0163/08

6.22	Wahl eines Ältesten- oder Ehrenrates und Erarbeitung eines Ehren- bzw. Verhaltenskodex Fraktion BfM	A0159/08
6.23	Prüfung auf Abschluss eines Städtepartnerschaftsvertrages mit einer israelischen Stadt Fraktion BfM	A0160/08
6.24	Planung und Stand der Umgestaltung des innerstädtischen Bereiches nördlich der Ernst-Reuter-Allee Fraktion BfM	A0162/08
6.25	Gruson - Gewächshäuser Fraktion BfM	A0165/08
6.25.1	Gruson - Gewächshäuser	A0165/08/1
6.26	Ehrung Partnerstädte CDU - Fraktion	A0167/08
6.27	Städtebauliche Überplanung CDU - Fraktion	A0168/08
6.28	Bienenweide in der Landeshauptstadt Magdeburg CDU - Fraktion	A0169/08
6.29	Schlussfolgerungen aus einem Arbeitsunfall im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen an einer Schule Fraktion DIE LINKE	A0171/08
6.30	Beteiligung an Deutsch-Ukrainische Städtepartnerschaftskonferenz CDU - Fraktion	A0172/08
6.31	Umgang mit der neuen Geschäftsordnung Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und future! - die Jugendpartei	A0164/08
6.32	Information über OB-Beschlüsse Interfraktionell	A0166/08
6.33	Nutzungsmöglichkeiten von Kleingärten erweitern Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0170/08

i.V. mit 6.12 - A0097/08

9	Informationsvorlagen	
9.2	Umsetzung Verkehrskonzept Hopfengarten	I0139/08
9.1	Integriertes Handlungskonzept für die Stadtteile Kannenstieg und Neustädter See (Förderprogramm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt")	I0132/08
9.4	Umsetzung des Rahmenkonzeptes für Integrationspolitik der Landeshauptstadt Magdeburg	I0155/08
9.3	Finanzierung der Essenversorgung in Kindertageseinrichtungen und Schulen für Kinder von Hartz IV Empfängern/MD-Pass-Inhaber	I0140/08
9.5	Arbeitsgruppen und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit - 2007	I0176/08
9.6	Einzelhandel im Bereich der Albert-Vater-Straße	I0179/08
9.7	"CityBike" für Magdeburg	I0192/08
9.8	Universitätsplatz Ostseite	I0196/08
9.9	A0154/07 - weitere Baumpflanzungen Elbuferpromenade	I0199/08
9.10	Teilnahme der Landeshauptstadt Magdeburg am Landeswettbewerb "Kinder- und familienfreundliche Gemeinde"	I0205/08
9.11	Konzept zur weiteren Entwicklung der Städtepartnerschaften der Landeshauptstadt Magdeburg	I0209/08

9.12	Kooperation mit Nashville	I0212/08
9.13	Sachstand und Ausblick zu den Maßnahmen zur Rettung des Schiffshebewerkes	I0213/08
9.14	Bericht über die Arbeit der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland	I0216/08
9.15	Öffentliche Danksagung für couragiertes Handeln	I0219/08
9.16	Feierliches Gelöbnis in Magdeburg	I0223/08
9.17	Beantwortung der im Zusammenhang der Stadtratsdiskussion zum Elbebahnhof aufgeworfenen Fragen zu den Fördervorhaben Wittenberger Platz, Montessori-Zentrum und Kita Pusteblume	I0224/08
9.18	Demographiebericht 2008	I0235/08
9.19	Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement	I0237/08
9.20	Teilnahme am Wettbewerb "Energieeffiziente Stadt"	I0241/08
9.21	Haushaltsmittel für die Suchtberatungsstelle DROBS Magdeburg	I0246/08

	Nichtöffentliche Sitzung	
10	Anfragen an die Verwaltung	
11	Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur DS0307/08 - Erlass von Gewerbesteuerforderungen	I0218/08
12	Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 (4) GO-LSA zu einer Vergleichsvereinbarung in einem Rechtsstreit	I0264/08
13	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
13.3	Gesellschaftsanteilveräußerung KID	DS0340/08
13.5	Strategische Ausrichtung des Flughafens BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0324/08
13.5.1	Strategische Ausrichtung des Flughafens SPD-Fraktion	DS0324/08/ 1
13.6	Änderungsbeschluss zur DS0593/98 und zur DS0052/05 Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0304/08
13.7	Aufhebung eines Beschlusses und Verkauf von Grundstücken BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0264/08
13.8	Aufhebung eines Beschlusses und Verkauf eines Grundstückes BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0311/08
14	Informationsvorlagen	
14.1	Berichterstattung zur Umsetzung der Strategie zur Stellen- und Personalkostenentwicklung bis 2009 - Erfüllungsstand: 31.12.2007	I0226/08

14.2	Information zur Strafrechtsschutzversicherung der Landeshauptstadt Magdeburg	I0197/08
14.3	Zwischeninformation zur DS 0228/08 Darlehen mit Rangrücktritt (Beschl.Nr.: 2041-68(IV)08)	I0244/08

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 71.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	38	“	“
maximal anwesend	51	“	“
entschuldigt	6	“	“

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

6.8. Prüfung der Reaktivierung des GS-Standortes Lemsdorf A0085/08
 Fraktion DIE LINKE
 WV v. 08.05.08

Der Ausschuss BSS betrachtet den Antrag A0085/08 der Fraktion DIE LINKE mit der vorliegenden Stellungnahme S0138/08 als erledigt.

Es liegt ein Änderungsantrag A0085/08/1 der FDP-Fraktion vor.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, dankt der Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme, erklärt den Antrag A0085/08 für erledigt und **zieht ihn zurück**.

6.9. Ausbau/Ertüchtigung der Schneidersgarten Straße A0062/08
 SR Müller
 Fraktion DIE LINKE
 WV v. 13.03.2008

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, begründet den Antrag A0062/08 und geht anhand einer Bilderschau auf die Vorortsituation ein. Er nimmt kritisch zur vorliegenden Stellungnahme S0134/08 der Verwaltung Stellung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Annahme des Punktes 1 des Antrages A0062/08 nicht. Zu den Punkten 2 und 3 empfiehlt der Ausschuss StBV die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern verweist auf eine Vielzahl von Anträgen in dieser Angelegenheit und legt seinen Standpunkt zur Problematik dar. Er empfiehlt, zu Beginn eines jeden Jahres eine Prioritätenliste vorzulegen, um die Straßenbaumaßnahmen zu koordinieren.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr spricht sich für die Annahme des Punktes 2 des Antrages A0062/08 aus. Er kündigt bei Nichtbeschlussfassung dieses Punktes die Einbringung eines Änderungsantrages an.

Es erfolgt die Einzelabstimmung zum Antrag A0062/08 der Fraktion Die LINKE.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2107-71(IV)08

Der Punkt 1 des Antrages A0062/08 der Fraktion DIE LINKE –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. sehr zeitnah den grundhaften Ausbau der Schneidersgartenstraße vorzubereiten und durchführen zu lassen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Punkt 2 des Antrages A0062/08 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2108-71(IV)08

2. Im Falle einer in weitere Ferne rückenden grundhaften Sanierung ist eine zumindest partielle Ertüchtigung der Schneidersgartenstraße einschließlich wenigstens einer Gehbahn, die einem Mindestmaß an Barrierefreiheit genügt, zu realisieren.

Gemäß Punkt 3 des Antrages A0062/08 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2109-71(IV)08

3. Im Rahmen einer öffentlichen Verkehrsschau sind Möglichkeiten und Perspektiven der Ertüchtigung aller notwendigen Straßen innerhalb der Brunnersiedlung zu erörtern.

6.10. Handyparken A0089/08
Fraktion BfM
WV v. 08.05.08

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann nimmt kritisch zur vorliegenden Stellungnahme S0129/08 der Verwaltung Stellung und bittet darum, den vorliegenden Antrag A0089/08 unter dem Aspekt einer und modernen Technologie zu folgen, zu unterstützen.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung zum Antrag A0089/08 nicht.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, hält die vorliegende Stellungnahme S0129/08 ebenfalls für schlecht recherchiert. Er argumentiert für die Annahme des Antrages A0089/08.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, empfiehlt ein ausgereiftes Projekt bezüglich der Umsetzung des Antrages A0089/08.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern steht im Namen seiner Fraktion diesem Ansinnen positiv gegenüber.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, schließt sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls dem Antrag A0089/08 an und sieht darin ein ergänzendes Angebot.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, hält für seine Fraktion fest, dass sie dem Anliegen prinzipiell positiv gegenüberstehen, empfiehlt aber im Zusammenhang mit der im nächsten Jahr anstehenden Überarbeitung der Parkgebühren diese Frage zu klären. Er bringt einen Änderungsantrag A0089/08/1 ein.

Der komm. Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann begründet die vorliegende Stellungnahme S0129/08. Er empfiehlt, dem Vorschlag des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion, zu folgen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal verweist darauf, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag handelt.

Abschließend bittet der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann nochmals um Zustimmung zum Antrag A0089/08.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0089/08/1 der FDP-Fraktion mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Für Bürger ohne Handy sind Alternativen vorzuhalten, da sonst eine Benachteiligung besteht. Die sichere Übermittlung von Kontendaten, insbesondere für auswärtige Besucher, ist zu gewährleisten.

Gemäß Antrag A0089/08 der Fraktion BfM **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0089/08/1 der FDP-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 2110-71(IV)08

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, auf gebührenpflichtigen Parkplätzen das "Parken per Handy" einzuführen
2. Für Bürger ohne Handy sind Alternativen vorzuhalten, da sonst eine Benachteiligung besteht. Die sichere Übermittlung von Kontendaten, insbesondere für auswärtige Besucher, ist zu gewährleisten.

6.11.	Vermarktungsoffensive für Stadtumbau-Brachen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 08.05.08	A0092/08
-------	--	----------

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0092/08 ein.

Die Ausschüsse RWB und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0097/08/1.

Gemäß Änderungsantrag A0097/08/1 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0097/08 wird wie folgt formuliert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für Flächen, die im Zuge des Stadtumbaus durch Abbruch freigeworden sind bzw. frei werden und die für die städtebauliche Entwicklung interessant sind, gemeinsam mit den Eigentümern ein Konzept zur Vermarktung und Nachnutzung zu erarbeiten und umzusetzen. Familienfördernde Aspekte sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Gemäß Antrag A0092/08 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0092/08/1 des Ausschusses FG einstimmig:

Beschluss-Nr. 2111-71(IV)08

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für Flächen, die im Zuge des Stadtumbaus durch Abbruch freigeworden sind bzw. frei werden und die für die städtebauliche Entwicklung interessant sind, gemeinsam mit den Eigentümern ein Konzept zur Vermarktung und Nachnutzung zu erarbeiten und umzusetzen. Familienfördernde Aspekte sind dabei besonders zu berücksichtigen.

6.12.	Kleingartenspartenkonzept	A0097/08
	FDP - Fraktion	
	WV v. 08.05.08	
	i.V. mit 6.33 - A0170/08	

Der TOP 6.12 – A0097/08 wird im Zusammenhang mit dem TOP 6.33 – A0170/08 beraten.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Dr. Schmidt bringt den Antrag A0097/08 ein.

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0097/08/1.

Der Ausschuss UwE empfiehlt unter Beachtung des Änderungsantrages A0097/08/1 des Ausschusses StBV die Beschlussfassung.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt den Antrag A0097/08 der FDP-Fraktion und bringt den Antrag A0170/08 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist in seinen Ausführungen darauf, dass es seit Jahren eine Arbeitsgruppe Kleingarten gibt, die sich genau mit diesem Anliegen beschäftigt und hinterfragt die Notwendigkeit der Antragstellung.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stern begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0097/08/1 und bittet um Zustimmung. Er nimmt umfassend zur Problematik Stellung. Er stellt klar, dass diesbezüglich die Verantwortung bei den Kleingartenverbänden liegt

und diese von sich aus tätig werden müssen. Im Namen der CDU-Fraktion hält Stadtrat Stern den Antrag A0170/08 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für unterstützenswert.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, signalisiert im Namen seiner Fraktion Zustimmung zum Antrag A0097/08. Mit Hinweis auf die Parksituation auf den Straßen vor Kleingartensparten bittet er bei der Erarbeitung des Konzeptes darauf hinzuwirken, dass freie Flächen für das Parken vorzuhalten sind.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann sieht keinen zwingenden Handlungsbedarf und begründet seinen Standpunkt u.a. dahingehend, dass es sich hierbei um Freizeitgärten handelt.

Im Rahmen der weiteren umfangreichen Diskussion empfiehlt Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein öffentliches Konzept zu entwickeln um auch neue Zielgruppen anzusprechen.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, bekennt sich im Namen seiner Fraktion zum Kleingartenwesen und begrüßt den vorliegenden Antrag A0097/08.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt bezüglich der Argumentation des Vorsitzenden der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann klar, dass es sich nicht um Freizeitgärten sondern um Nutzgärten handelt.

Abschließend geht der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage auf die Zielstellung des Antrages A0097/08 ein.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0097/08/1 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der erste Anstrich unter Punkt 1. Der Oberbürgermeister wird gebeten.....

- dem mittelfristig abzusehenden Sparten-Sterben entgegenzuwirken bzw. dieses zu steuern und- ist zu streichen

Gemäß Antrag A0097/08 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0097/08/1 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2112-71(IV)08

Der Oberbürgermeister wird gebeten, auch in Zusammenarbeit mit dem Verband der Gartenfreunde Magdeburg e.V., ein Konzept entwickeln zu lassen, um ein Umnutzungskonzept zur Aufwertung der Viertel zu erarbeiten, die besonders stark von Leerständen betroffen sein werden.

Gemäß Antrag A0170/08 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2113-71(IV)08

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Kleingartenkonzeptes zu prüfen, inwieweit im Rahmen von Kooperationen mit Kleingartenvereinen Gemeinschaftsgärten ausgewiesen sowie eine Nutzung von Gartenparzellen durch Schulen und Kitas angeboten werden können.

Dies ist durch eine gezielte Informations-Kampagne an Öffentlichkeit und Schulen zu unterstützen.

6.13.	Weiterentwicklung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg zum Integrationsbeirat	A0093/08
	Fraktion DIE LINKE WV v. 08.05.08	

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0093/08 ein und dankt der Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme S0133/08.

Die Ausschüsse FuG und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, nimmt umfassend zum Antrag A0093/08 Stellung. Sie merkt an, dass die vorliegende Stellungnahme S0133/08 ihrer Auffassung nach nicht aussagekräftig genug ist und sieht in der Sache selbst noch Klärungsbedarf.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern unterstützt im Namen seiner Fraktion den Antrag A0093/08 der Fraktion DIE LINKE.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz weist darauf hin, dass in der vorliegenden Stellungnahme S0133/08 zwei Modelle vorgeschlagen wurden, über die nochmal diskutiert werden müsste.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt zur Problematik Stellung und unterstützt die Empfehlung des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz, darüber detailliert zu diskutieren.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0093/08 einstimmig:

Beschluss-Nr. 2114-71(IV)08

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche inhaltlichen und satzungsmäßigen Änderungen erfolgen müssen, damit zur kommenden Kommunalwahl in Magdeburg ein Integrationsbeirat gewählt werden kann.

6.14.	Änderung der Hundesteuersatzung	A0100/08
	CDU - Fraktion	
	WV v. 08.05.08	

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0100/08 ein. Er kann den vorliegenden Änderungsantrag A0100/08/1 des Ausschusses KRB nicht nachvollziehen und lehnt ihn ab.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0100/08/1.

Stadtrat Grünert, Mitglied im Ausschuss KRB, begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0100/08/1.

Gemäß Änderungsantrag A0100/08/1 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Die aktuelle Fassung der Hundesteuersatzung der Landeshauptstadt Magdeburg wird wie folgt geändert:

„§ 8 Steuerbefreiungen

Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für das Halten

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert
4. von ausgebildeten und zugelassenen ~~Rettungs-~~und Diensthunden einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, die bei ihrem Hundehalter oder -führer leben.

5. von Hunden, die als Sanitäts- oder Rettungshund von anerkannten Sanitäts- oder Zivilschutzeinheiten verwendet werden und die dafür vorgesehene Prüfung abgelegt haben.

Als Nachweis sind das Prüfungszeugnis und eine aktuelle Bestätigung der für den Katastrophenschutz (Amt für Brand- und Katastrophenschutz) zuständigen Behörde **dem bis zum 31.01. jährlich zu stellenden** Antrag auf Steuerbefrei- und beizufügen.“

Gemäß Antrag A0100/08 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0100/08/1 des Ausschusses KRB einstimmig:

Beschluss-Nr. 2115-71(IV)08

Die aktuelle Fassung der Hundesteuersatzung der Landeshauptstadt Magdeburg wird wie folgt geändert:

„§ 8 Steuerbefreiungen

Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für das Halten

4. unverändert
5. unverändert
6. unverändert
4. von ausgebildeten und zugelassenen ~~Rettungs-~~ und Diensthunden einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, die bei ihrem Hundehalter oder -führer leben.
6. von Hunden, die als Sanitäts- oder Rettungshund von anerkannten Sanitäts- oder Zivilschutzeinheiten verwendet werden und die dafür vorgesehene Prüfung abgelegt haben.
Als Nachweis sind das Prüfungszeugnis und eine aktuelle Bestätigung der für den Katastrophenschutz (Amt für Brand- und Katastrophenschutz) zuständigen Behörde **dem bis zum 31.01. jährlich zu stellenden** Antrag auf Steuerbefrei- und beizufügen.“

6.15. Ort der Erinnerung
CDU - Fraktion
WV v. 05.06.08

A0029/08/2

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke begründet die Ungültigkeit des Votums.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0029/08/2/1.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning argumentiert im Namen seiner Fraktion gegen den Antrag A0029/08/2 der CDU-Fraktion u.a. mit dem Hinweis, dass sie die Gleichsetzung für nicht gerechtfertigt halten.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern schließt sich im Namen seiner Fraktion dem Änderungsantrag A0029/08/2/1 des Ausschusses KRB an.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal geht klarstellend auf die diesbezügliche Beschlusslage des Stadtrates ein und erklärt, dass der Teil 1 des Änderungsantrages A0029/08/2/1 bereits erledigt ist.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Dr. Schmidt hält den im Änderungsantrag A0029/08/2/1 des Ausschusses KRB genannten Zeitraum 1945 – 1989 für problematisch.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0029/08/2/1 des Ausschusses KRB mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Gedenktafel für den Zeitraum 1933 – 1945 und eine gesonderte Gedenktafel für den Zeitraum 1945 – 1989 am Rathaus anzubringen, die an alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, hauptamtliche Stadträte, Bürgermeister und Oberbürgermeister erinnern, die Opfer von deutschen Unrechtsstaaten geworden sind.

Gemäß Antrag A0029/08/2 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0029/08/2/1 des Ausschusses KRB einstimmig:

Beschluss-Nr. 2116-71(IV)08

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Gedenktafel für den Zeitraum 1933 – 1945 und eine gesonderte Gedenktafel für den Zeitraum 1945 – 1989 am Rathaus anzubringen, die an alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, hauptamtliche Stadträte, Bürgermeister und Oberbürgermeister erinnern, die Opfer von deutschen Unrechtsstaaten geworden sind.

- 6.16. Keine weiteren Kürzungen bei Einrichtungen für Kinder und Jugendliche
Jugendhilfeausschuss A0151/08
-

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge schlägt im Namen des Stadtratsvorstandes gemäß GO SR vor, Neuanträge, die keine Prüfaufträge sind bzw. die keine sofortige Beschlussfassung erfordern, als GO-Antrag mit einer Redezeitbegrenzung von 2 Minuten einzubringen.

Die Vorsitzende des Ausschusses Juhli Stadträtin Wübbenhorst bringt den Antrag A0151/08 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0151/08 in den Ausschuss FG – ein.

Gemäß GO-Antrag der Vorsitzenden des Ausschusses Juhli Stadträtin Wübbenhorst **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0151/08 wird in den Ausschuss FG überwiesen.

Der TOP 6.17 – wurde bereits im Zusammenhang mit dem TOP 5.3 in der Sitzung des Stadtrates am 04.09.2008 beraten.

- 6.18. Bauservice für Bürger bündeln
FDP - Fraktion A0155/08
-

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion,, bringt den Antrag A0155/08 ein.

Der komm. Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann verweist in seinen Ausführungen, dass es ein Investorenhandbuch gibt. Er sagt zu zu prüfen, ob man noch mehr optimieren kann.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0155/08 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0155/08 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.19. Fußbodensanierung Schulobjekt Friedensweiler (Zur Muttereiche) A0157/08
FDP - Fraktion
-

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Dr. Schmidt bringt den Antrag A0157/08 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt an, dass mit aller Sorgfalt die Schadstoffbelastung geprüft wird und bei einem negativem Ergebnis, die Schule auch weiter betrieben wird.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0157/08 in die Ausschüsse StBV und BSS ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0157/08 wird in die Ausschüsse StBV und BSS überwiesen.

- 6.20. Erfahrungsaustausch zur Prüfung des Schilderwaldes auf Umfang und Notwendigkeit A0158/08
FDP-Fraktion
-

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0158/08 ein.

Gemäß Antrag A0158/08 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mit 24 Ja-, 19 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2117-71(IV)08

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit der Stadtverwaltung Hannover in Erfahrungsaustausch zu treten, um sich über den derzeit laufenden Abbau des „Verkehrsschilderwaldes“ in der niedersächsischen Landeshauptstadt informieren zu lassen.

Über die Ergebnisse dieses Erfahrungsaustausches werden der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und der Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik spätestens im Dezember 2008 informiert.

- 6.21. Durchwegung B-Plan-Gebiet Rogätzer Straße A0163/08
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0163/08 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0163/08 in die Ausschüsse StBV und FG – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0163/08 wird in die Ausschüsse StBV und FG überwiesen.

- 6.22. Wahl eines Ältesten- oder Ehrenrates und Erarbeitung eines A0159/08
Ehren- bzw. Verhaltenskodex
Fraktion BfM
-

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0159/08 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0159/08 in den Ausschuss VW – ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bittet darum, nicht den Oberbürgermeister sondern den Stadtrat zu beauftragen.

Vertreter aller Fraktionen sprechen sich gegen den GO-Antrag und gegen den Antrag A0159/08 aus.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr merkt an, dass diesbezüglich der Stadtratsvorstand eine Regelung treffen müsste.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann – Überweisung des Antrages A0159/08 in den Ausschuss VW – **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Jastimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 2118-71(IV)08

Der Antrag A0159/08 der Fraktion BfM –

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, einen aus der Mitte des Stadtrates gewählten Ältesten- oder Ehrenrat zu berufen und diesen u.a. zu beauftragen, einen Ehrenkodex (Verhaltensregelwerk) für den Stadtrat zu erarbeiten.

Der Antrag soll im Verwaltungsausschuss beraten werden. –

wird **abgelehnt**.

6.23.	Prüfung auf Abschluss eines Städtepartnerschaftsvertrages mit einer israelischen Stadt	A0160/08
	Fraktion BfM	

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0160/08 ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern unterstützt im Namen seiner Fraktion den Antrag A0160/08 und bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0160/08 in die Ausschüsse VW und KRB – ein.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, spricht sich für die Annahme des GO-Antrages und für die Beratung des Antrages A0160/08 in dem Beirat der AGSA aus.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage ergänzt den GO-Antrag um den Ausschuss K.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Sten **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0160/08 wird in die Ausschüsse VW und KRB überwiesen.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0160/08 wird in den Ausschuss K überwiesen.

- 6.24. Planung und Stand der Umgestaltung des innerstädtischen Bereiches nördlich der Ernst-Reuter-Allee A0162/08

Fraktion BfM

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0162/08 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0162/08 in den Ausschuss StBV – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage spricht sich gegen und der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0162/08 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.25. Gruson - Gewächshäuser A0165/08

Fraktion BfM

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0165/08 ein.

Es liegt ein Änderungsantrag A0165/08/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0165/08 in die Ausschüsse K, StBV, KRB und FG – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0165/08 wird in die Ausschüsse K, StBV, KRB und FG überwiesen.

Der Änderungsantrag A0165/08/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird in die Beratungen mit einbezogen.

6.26. Ehrung Partnerstädte
CDU - Fraktion

A0167/08

Stadtrat Heendorf, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0167/08 ein.

Gemäß Antrag A0167/08 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2119-71(IV)08

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die neuen Partnerstädte, analog zu bisherigen Verfahren, entsprechende Schilder mit Namen und Wappen an den Einfallstraßen in die Landeshauptstadt Magdeburg aufzustellen.

Die feierliche Einweihung der Schilder für Harbin (China), Radom (Polen) und Saporoshje (Ukraine) soll im Zusammenhang mit dem für den 3. Oktober 2008 geplanten Rathausfest stattfinden.

6.27. Städtebauliche Überplanung
CDU - Fraktion

A0168/08

Stadtrat Schuster, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0168/08 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0168/08 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schuster, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0168/08 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

6.28. Bienenweide in der Landeshauptstadt Magdeburg
CDU - Fraktion

A0169/08

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0169/08 ein und bittet um eine heutige Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz informiert, dass es zu dieser Problematik bereits Mitte August eine Beratung im Umweltamt gegeben hat. Er empfiehlt, dem Antrag A0169/08 zuzustimmen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Dr. Schmidt ergänzt, dass sich auch der Naturschutzbeirat im nächsten Monat mit dieser Thematik befassen wird.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0169/08 der CDU-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 2120-71(IV)08

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit allen relevanten städtischen Ämtern bzw. Eigenbetrieben die Verbesserung der Bienenweide in der Landeshauptstadt zu erläutern bzw. konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Darüber hinaus werden die Gesellschaften mit städtischer Beteiligung, z. B. die WOBAU, gebeten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Verbesserung der Bienenweide auf den von ihnen bewirtschafteten Grundstücken umzusetzen.

6.29. Schlussfolgerungen aus einem Arbeitsunfall im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen an einer Schule A0171/08
Fraktion DIE LINKE

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0171/08 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf den Antrag A0171/08 ein und verweist auf das Untersuchungsergebnis von 2 Behörden zur Unfallursache.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2121-71(IV)08

Der Antrag A0171/08 der Fraktion DIE LINKE –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Auswertung des tragischen Arbeitsunfalls auf der Baustelle für das künftige Werner-von-Siemens-Gymnasium in der Stendaler Straße zum einen prüfen zu lassen,

ob und welche Möglichkeiten es gibt, jene/s Unternehmen bzw. deren Mitarbeiter in Verantwortung zu nehmen, das/die in der Mitte der 90er Jahre die vor dem jetzigen Umbau vorhandenen Zwischendecken eingebracht haben und zum anderen,

ob auch auf anderen kommunalen Baustellen der Stadt aus den 90er Jahren (Schulen, Kinder-, Jugend- und Kultureinrichtungen) möglicherweise die nicht ordnungsgemäße Ausführung von Baumaßnahmen zu nachträglichen Sicherungsmaßnahmen oder sogar kompletter Veränderung führen muss. Darüber hinaus wäre zu prüfen,

ob die jeweiligen Projektverantwortlichen ihre Verantwortung vollumfänglich wahrgenommen haben. -

wird **abgelehnt**.

6.30. Beteiligung an Deutsch-Ukrainische
Städtepartnerschaftskonferenz
CDU - Fraktion

A0172/08

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge informiert über ein Schreiben von Herrn Steinecke, Vorsitzender des Vorstandes des Deutsch-Ukrainischen Forum e.V., worin er gebeten wurde, die Teilnehmer seitens des Stadtrates an der deutsch-ukrainischen Städtepartnerschaftskonferenz zu benennen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt an, dass er selbst nicht an der Konferenz teilnehmen kann.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern signalisiert, im Laufe der Woche die Teilnehmer zu benennen.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning bittet um Bedenkzeit, da es sich hierbei um eine private Einladung handelt.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann spricht sich für eine Teilnahme an der Städtepartnerschaftskonferenz aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal argumentiert gegen den Antrag A0172/08 und lehnt ihn ab.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, geht auf die Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal ein und spricht sich dafür aus, diesen Antrag A0172/08 zu unterstützen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2122-71(IV)08

Die Landeshauptstadt Magdeburg beteiligt sich mit einer Delegation an der 1. Deutsch-Ukrainischen Städtepartnerschaftskonferenz (09.-12. Oktober 2008) in Odessa. Auch Vertreter des Stadtrates der Landeshauptstadt sollen dieser Delegation angehören.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge bittet darum, ihm per Mail bis zum 10.09.2008, 8.30 Uhr Vorschläge bezüglich der Teilnehmer zu unterbreiten.

Er wird ein Antwortschreiben an Herrn Steinecke vorbereiten

6.31. Umgang mit der neuen Geschäftsordnung A0164/08
 Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und future! - die Jugendpartei

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den Antrag A0164/08 seiner Fraktion und der Fraktion future! – die Jugendpartei ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper argumentiert gegen den Antrag A0164/08 und bittet darum, diesen abzulehnen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Dr. Schmidt hält den Antrag A0164/08 für nicht umsetzbar.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, begründet seine Ablehnung zum Antrag A0164/08.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning legt seine Bedenken zum Antrag A0164/08 dar und hält diesen ebenfalls für nicht umsetzbar.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2123-71(IV)08

Der Antrag A0164/08 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und future! – die Jugendpartei –

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, allen Fraktionen des Stadtrates zum Beginn eines jeden Monats darzulegen, welche Mittel des Stadthaushaltes für die Untersetzung einer Finanzierung von Anträgen aus dem Stadtrat und auch Drucksachen aus der Verwaltung verfügbar sind. –

wird **abgelehnt**.

6.32. Information über OB-Beschlüsse A0166/08
 Interfraktionell

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den interfraktionellen Antrag A0166/08 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass er alle wichtigen Angelegenheiten, die den Stadtrat betreffen, jeden Dienstag nach seiner Dienstberatung für die Fraktionen freischalten lässt und er in vollem Umfang die Anforderungen des § 62, Abs. 2 der GO LSA erfüllt. Er stellt weiterhin fest, dass ihm kein Beispiel bekannt ist, wo er den Stadtrat nicht informiert hat.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal widerspricht den Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper und untermauert dies anhand eines Beispiels.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß interfraktionellen Antrag A0166/08 mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2124-71(IV)08

Da der Oberbürgermeister seit dem Beschluss des Stadtrates vom 13. 03.2008 (Information des Stadtrates über OB-Beschlüsse) diesem bislang in keiner Weise gefolgt ist, wird er hiermit aufgefordert, verbindlich darzulegen, was er in Interpretation des Wortlautes von § 62 Abs. 2 GO-LSA im Gegensatz zur Kommentierung von Klang/Gundlach unter einer Unterrichtung „über alle wichtigen, die Gemeinde und ihre Verwaltung betreffenden Angelegenheiten“ versteht.

6.33.	Nutzungsmöglichkeiten von Kleingärten erweitern	A0170/08
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen i.V. mit 6.12 - A0097/08	

9. Informationsvorlagen

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.21 werden zur Kenntnis genommen.

Zum TOP 9.13 – I0213/08 meldet Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, Redebedarf an.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, legt kritisch seinen Standpunkt zur vorliegenden Information I0213/08 dar. Er bezeichnet die Situation als bedauerlich und regt an, sich über weitere Schritte bezüglich des Erhalts des Schiffshebewerkes zu verständigen.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, ist ebenfalls erbost über die jetzt eingetretene Situation und merkt an, dass der Förderverein zum Erhalt des Schiffshebewerkes eine Klage gegen das Bundesverkehrsministeriums prüft und ruft alle betroffenen Vereine und Reedereien auf, diese zu unterstützen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper kann den Unmut nachvollziehen und stellt klar, dass auch sein Optimismus bezüglich der Findung einer tragfähigen Lösung gesunken ist. Er geht auf die derzeitige Situation ein und verweist dabei auf die Forderung des Bundes, dass das Schiffshebewerk in das Eigentum der Stadt Magdeburg übergehen soll, die Stadt aber dieses Risiko nicht eingehen kann. Herr Dr. Trümper hält abschließend fest, dass die Stadt gegenüber dem Bund in dieser Frage nicht klageberechtigt ist, sondern ein Dritter gefunden werden muss.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, plädiert dafür, den Klageweg zur Rettung des Schiffshebewerkes zu beschreiten

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, unterstreicht die Forderung des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, bittet aber um Rückendeckung durch den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Balzer, Falko

Bischoff, Norbert

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Grünert, Gerald

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang

Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Carola

Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Seifert, Eberhard

Stage, Michael

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Trümper, Lutz Dr.

Veil, Thomas
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zimmer, Gerd Dr.

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke

Abwesend

Heynemann, Bernd
Hildebrand, Jürgen Dr.
Kriese, Birgit
Lischka, Burkhard
Meinecke, Sven
Siedentopf, Uta